

Beilage zu Nummer 201 der Volksstimme.

Montag den 28. August 1916.

Wiesbadener Angelegenheiten.

Wiesbaden, 28. August 1916.

Grundständiges von den Butterhöchstpreisen.

In die Bäckermeisterfrau Helm, deren Geschäft zu Guben im äußeren Rande des Stadtbezirks liegt, waren Landstürmer mit dem Bunsche herangefahren, ihnen Butter zu besorgen, damit sie „etwas Schmier“ hätten. Frau Helm fing die mit Butter zu Markt ziehenden Landleute ab und verkaufte ihnen Butter zu einem höheren Preise als 2.20 Pfund, welchen Satz der Gubener Magistrat durch Verordnung vom 6. Dezember 1915 als Höchstpreis für den Handel bestimmt hatte. Sie zahlte 2.40 bis 2.90 Mark und verkaufte die Butter an viele Soldaten mit tüchtigem Schläge weiter, indem sie für das Pfund 2.80 bis 3.60 Mark

Das Landgericht in Guben sah alle Einzelhandelsverkäufe der Einfuhr der Frau, bei denen sie mehr den Kleinhandelshöchstpreis zahlte, als eine einheitliche Handlung an und verurteilte Frau Helm wegen Ueberschreitung des vom Gubener Magistrat festgesetzten Höchstpreises zu einer Geldstrafe von 2000 Mark, an deren Stelle den Fall der Zahlungsunfähigkeit 200 Tage Gefängnis setzen sollten. Das Gericht erklärte die Ausnutzung der Soldaten für ganz besonders verwerflich und berücksichtigte bei der Festsetzung der Höhe der Strafe auch, daß die Frau bereits wegen Gewerbevergehens vorbestraft ist. Von einer Geldstrafe wurde Abstand genommen, weil nicht ausgeschlossen wäre, daß sie durch die Wünsche der Soldaten nach Butterbrot zu ihrem Handel verführt worden sei.

Das Kammergericht hob das Urteil auf und verurteilte die Sache mit folgender Begründung an das Landgericht: Bei der Anwendung der in Frage kommenden Verordnung des Reichskanzlers über die Regelung der Butterpreise vom 22. Oktober 1915 ist zu berücksichtigen, daß einerseits der Reichskanzler die Höchstpreise für den Großhandel festzusetzen habe und daß andererseits den Gemeinden das Recht steht, ihre Höchstpreise für den Kleinhandel festzusetzen. Als Kleinhandel gelte nun nach § 10 der Bekanntmachung des Reichskanzlers lediglich der Verkauf an den Verbraucher, sofern er die Menge von 5 Kilogramm nicht übersteigt. Nun habe das Landgericht in die von ihm angenommene einheitliche Handlung auch die Käufe der Frau mit einbezogen, die ihren Kauf zu höheren als den Kleinhandelspreisen betrafen. Wenn sie das getan hätte in ihrer Eigenschaft als Hausfrau oder als Inhaberin der Bäckerei, die Butter selber zu verbrauchen, dann würde sie sich auch nach dieser Ankaufstaten zu dem höheren Preise strafbar gemacht haben. Sie habe aber die Butter nicht selber verbraucht, sondern weiter verkauft. Diese Einkäufe zum Weiterverkauf aber nicht unter den Kleinhandel und müßten deshalb der Bewertung der Straftat ausbleiben. Deshalb sei die Entscheidung aufzuheben. Das Landgericht müsse sich einmal mit der Sache befassen. Im übrigen sei auch der einheitliche Vorfall nicht genügend festgelegt.

Einfallende Verhaftung. In voriger Woche wurde hier der Inhaber der Maschinenfabrik Wiesbaden, Schilling, verhaftet, da die Verhaftung kassieren allerhand Gerichte, und sind die Sache unbekannt.

Neue Zuckerkarten. In der Stadt. Kartenausgabe, Schwalbe, Straße 8, werden von heute ab neue Zuckerkarten ausgeben. Die Gültigkeit der Karten beginnt am 22. September. Es ist daher gleichgültig, ob man die Karten bereits in dieser oder erst in einer der nächsten Wochen erhält, und es liegt kein Grund vor, sich um die vorzeitige Auszahlung der Karten zu bemühen.

Reichstheater. Das Residenz-Theater beginnt am Freitag, 1. September unter der Leitung von Dr. Herrn. Raub die Spielzeit. Auch in dieser wird die Direktion eifrig bemüht sein, vom Reuen das Beste zu bringen, um den stets sich steigenden Ansprüchen des Publikums an die Leistungen einer modernen Bühne aufs Beste gerecht zu werden. Die Reichhaltigkeit des vorliegenden Spielplanes bietet eine vielseitige und genussreiche Spielzeit, die am nächsten Freitag mit der Neuheit „Der Herr von oben“ beginnt in 3 Akten von Heinrich Heine, dem erfolgreichen Verfasser von „Hammelmühl“, eröffnet wird. Die Kartenpreise sind die Preise der Duband- und der Fünfgigerkarten sind dieselben wie bisher. Der Verkauf der Duband- und der Fünfgigerkarten beginnt am Montag den 28., der Verkauf der Tageskarten beginnt am Mittwoch den 30. August.

Städtebauwettbewerb für künstlerische Wettbewerbe. Zwischen den Verwaltungen Kassel, Frankfurt a. M. und Wiesbaden ist vereinbart worden, daß Wettbewerbe auf dem Gebiete der Städtebaukunst, der Baukunst und des Städtebaues, welche als allgemeine Wettbewerbe nicht ausgeschrieben werden sollen, die ihrer Art und Bedeutung nach über das rein örtliche Interesse hinausgehen, nach den folgenden Grundrissen auf die in der ganzen Provinz Hessen-Nassau wohnhaften Künstler ausgeschrieben werden: 1. Ein alljährlicher Städtebauwettbewerb im Umfang von 20 000 Mark und bei Berlin bis zum Betrage von 100 000 Mark — auch künftig nur bei Baukunst bis zum Betrage von 100 000 Mark ausgeschrieben, bei den Künstlern der betreffenden Städte ausgeschrieben, bei Städtebauwettbewerben, d. h. bei solchen, die lediglich im Zwecke der Unterstützung nollebender Künstler ausgeschrieben werden. Zu den Provinz-Wettbewerben soll mindestens ein außerordentliches Preisgeld, angekaufter Sachverständiger als Richter ausgeschrieben werden. Um die Fälligkeit der drei verbleibenden Städte möglichst zu wahren, soll auch: dem Stadtbaurat der betreffenden Stadt auch der Stadtbaurat einer der beiden anderen Städte in das Preisgericht gewählt werden. Die Vereinbarung gilt vom 1. April 1916 ab auf 3 Jahre.

Verlag-Gummiringe müssen jetzt vielfach an Stelle der früher gebräuchlichen guten Gummiringe beim Sterilisieren von Glasgefäßen genommen werden. An Gummiringen sind die Nachteile nach. Vor allem haben sie eine dauernde Erhöhung der Temperatur, was zu einem Zerfall der Gummiringe führt. Es wird empfohlen, um einen Zerfall der Gummiringe zu vermeiden, die Ringe erst aufzuliegen, nachdem die Flasche usw. bereits längere Zeit erhitzt wurden, und dann unter Vorbehalt nur drei bis fünf Minuten zu sterilisieren.

Aus den umliegenden Kreisen.

Darmstadt, 27. Aug. (Zur Kartoffelversorgung.) Die den nächsten Profrorten erhält die hiesige Einwohnerschaft auch Kartoffelbezugsscheine, auf etwa 4 1/2 Zentner pro Kopf für den Winter laufend. Es wird den Bewohnern empfohlen, ihre Kartoffeln

sofern möglich wie bisher von ihren Lieferanten zu beziehen. Allerdings beträgt der Höchstpreis 9 Mark für das Malter, ob aber die Landwirte liefern, ist nach den bisherigen Erfahrungen zum mindesten zweifelhaft. Nach fragen wir uns, wie es mancher Familienvater mit 10 Köpfen fertig bringt, das ihm zusehende Quantum von 40 Zentnern für 180 Mark aufzubringen.

Hannau, 28. Aug. (Eine berechtigte behördliche Warnung.) Es ist festgestellt worden, daß in einzelnen Gemeinden schon Spätkartoffeln ausgemacht und als Frühkartoffeln abgesetzt werden. Der Landrat weist darauf hin, daß das unzulässig sei und künftige Fälle bestraft würden. Es seien noch Kartoffeln, und zwar mittelfrühe Sorten, genügend vorhanden. Gleichzeitig macht er darauf aufmerksam, daß die Kartoffeln in den Städten derart gestiegen sei, daß alle mittelfrühe Kartoffeln dringend benötigt würden. Er ersucht zum Schluß, solche in weitestem Umfange den Unternehmern abzugeben. Weiter nimmt der Wirtschaftsverband Hannau-Stadt und -Land sofort Brotgetreide der neuen Ernte ab und zahlt für vollwertige Ware: für Roggen 220 Mark, Weizen 270 Mark für die Tonne. Außerdem wird bis auf Widerruf eine Druschprämie von 20 Mark für die Tonne gezahlt. Die Landwirte werden deshalb aufgefordert, unverzüglich ihr ausgebrochenes Brotgetreide dem Wirtschaftsverband zum Ankauf anzubieten.

Heidenheim, 27. Aug. (Auffälligkeiten in unserer Brotversorgung.) Bei der letzten Brotmarkenausgabe vor 14 Tagen wurden den Verbrauchern mit Brotmarkenmarken letztere ganz erheblich reduziert, nachdem 14 Tage vorher die aus Anlaß der Kartoffelknappheit gewährten Zusatzmarken schon in Wegfall gekommen waren. Bei dem schon seit Monaten herrschenden Mangel an Fett, Eiern und Milch — Butter ist hier schon längst nicht mehr zu haben — wurde die zuletzt durchgeführte Maßnahme bei den Leuten, die nicht in der glücklichen Lage waren, hamstern zu können, doppelt schwer empfunden. Allgemein macht sich der Unwille und die Erregung über die so unerwartete Einschränkung des Brotkonsums unter den ohnehin schon empfindlichen Umständen bemerkbar, und in großer Zahl sind die Verbraucher an maßgebender Stelle vorstellig geworden wegen Weitergewährung der zuerst gewährten Zusatzmarken. Aus anderen Orten des Reichs Hannau hört man nichts von einer solchen einschneidenden Maßnahme, es müßte ausgerechnet Heidenheim mit seiner großen Arbeiterkraft sein, wo man das Experiment mit der Brotreduzierung machte. Mit der angeblichen Mangelknappheit steht die Tatsache in Widerspruch, daß am vorletzten Sonntag den Jungweibern, die am Abkürzen teilnahmen, jedem ein halbes Brot ohne Marke eingehändigt wurde. Eine solche Verteilung von Brot muß mindestens als ungenügend bezeichnet werden, angesichts der Entbehrungen, die sich heute so viele Familien besonders im Brotgenuss auferlegen müssen. Die vielen Klagen, die dem Bürgermeister über die ungenügende Brotmenge in den letzten Tagen vorgetragen wurden, haben anscheinend einen Erfolg gehabt. In einer Bekanntmachung kündigt der Bürgermeister eine Neuregelung der Zusatzmarkengewährung an. An bestimmten Tagen müssen sich alle Verbraucher, die in Frage kommen, nach dem Rathaus begeben, um dort ihren Antrag wegen Zusatzmarken zu begründen. Wir meinen eine Begründung für Zusatzmarken wäre schon durch den vorhergehenden Mangel an den anderen wichtigsten Nahrungsmitteln gegeben, in dem Brot noch das einzige erhältliche Nahrungsmittel von wirklichem Nährwert ist. Man ersichere nicht ohne ganz zwingende Gründe das so oft gepredigte „Durchhalten“.

Laiba b. Battenberg, 27. Aug. (Abbau der Erzlager.) Seit Monaten herrscht im Oberelbgebiet Tätigkeit, die alten Erzlager und Grubenfelder ruhrbringen zu verkaufen. Nachdem die Rheinischen Stahlwerke die Mangangergrubenfelder Kohlenberg bei Trothhausen und Grubenfeld bei Battenberg erworben hatten, ist nunmehr das gesamte Grubenfeld und Eigentum der Gewerkschaft Kora zu Laiba, Holzhausen, Trothhausen, Eise, Wellau, Weisenbach, Oshfeld und Liebigshausen an die genannten Stahlwerke übergegangen. Die alten Vorräte aus 1858 bis 1862, 1873 bis 1880 und von 1900 bis 1912 werden täglich mit zwei Kraftautos und Anhängerwagen sowie durch Fuhrwerk aus der Umgebung nach dem Bahnhof Holzhausen (Eber) gebracht.

Vom Nied, 26. Aug. (Die Jagd nach Zweifeln.) hat nachgerade unglaubliche Formen in der hiesigen Gegend angenommen. Die Großhändler kommen von weither, selbst von Berlin und Köln, um zu jedem Preise die begehrte Frucht in größten Mengen aufzukaufen. Eine Berliner Großfirma kauft in dieser Woche durch ihre in Mainz sitzenden Agenten einen ganzen Wagon Zweifeln in der Gegend von Raubheim bei Groß-Berau zum Preise von 25 Mark für den Zentner, frei Verpackung auf. Um die gewünschte Menge zusammenzubringen, werden halbrunde Früchte abgeerntet, einerlei, ob sie den Geschmack der Käufer in den Städten finden oder nicht.

Aus Frankfurt a. M.

Städtische Kriegsunterstützung.

Kohlen- und Kartoffelscheine für Kriegerfamilien.

Die Stadtverordneten-Versammlung soll bei der Erhöhung der Familien-Unterstützungen zustimmen, daß vom 1. Oktober 1916 ab folgende Sätze gewährt werden:

a) Unterstützte, die Frankfurt a. M. ihren Aufenthalt haben:		Obstfrauen	Kinder und sonstige Berechtigte
1. Reichsmindestsatz	15.—	12.—	7.50
2. Zuschuß der Stadt	15.—	12.—	3.50
3. Kohlenbezugsscheine	4.50	—	—
4. Kartoffelbezugsscheine	1.—	—	1.—
monatlich		35.50	12.—

b) Unterstützte, die außerhalb Frankfurt a. M. ihren Aufenthalt haben:		Obstfrauen	Kinder und sonstige Berechtigte
1. Reichsmindestsatz	15.—	12.—	7.50
2. Zuschuß der Stadt	12.—	12.—	3.—
monatlich		27.—	10.50

c) Eltern und Schwiegereltern, die von dem Kriegsteilnehmer ganz oder zum wesentlichen Teile unterhalten wurden:

1. Reichsmindestsatz	7.50	W
2. Zuschuß der Stadt bis zu	18.50	"
3. Kohlenbezugsscheine	4.50	"
4. Kartoffelbezugsscheine rd.	1.—	"
monatlich bis zu		31.50 W

Begründend wird von der Kommission für die Unterstützung von Kriegerfamilien ausgeführt: Die herrschende Teuerung, die sich zweifellos in dem kommenden Winterhalbjahre mit besonderer Schärfe bemerkbar machen wird, zwingt zu der Erwägung, ob die bisher gewährten Sätze der Familienunterstützung ausreichend sind. Die städtische Unterstützungskommission und die Zentralleitung der Kriegsfürsorge sind der Ansicht, daß die bisherigen Sätze zur Bestreitung der Lebenshaltung, insbesondere des Winterbedarfs an Kohlen und Kartoffeln nicht ausreichen. Eine Erhöhung der Unterstützungssätze muß u. U. vorgenommen werden. Es erscheint indessen zweifelhaft, diese Erhöhung den Familien nicht in barem Gelde, sondern durch Zuweisung von Kartons zu gewähren.

Im vergangenen Jahre sind den Kriegerfamilien 4 Kohlenbezugsscheine zu dem Gesamtwerte von 6 Mark monatlich gewährt worden. Es ist dadurch eine Gesamtausgabe für die Stadt innerhalb der 6 Wintermonate in Höhe von 933 000 Mark entstanden. Von diesen Kohlenbezugsscheinen wurden zwar nur 45 Prozent zum Ankauf von Kohlen verwandt, die übrigen in bar eingelöst. Die unerwartet hohe Vereinfachung der Kohlenbezugsscheine wird nach Ansicht der Kommission darauf zurückgeführt werden können, daß mit der Ausgabe der Kohlenbezugsscheine erst am 1. November begonnen worden ist, auch vorher den Kriegerfamilien über die Ausgabe derartiger Bezugsscheine nichts bekannt war. Die Kriegerfamilien hatten zum Teil ihren Winterbedarf durch eigenen Einkauf gedeckt. Wenn in dem kommenden Winterhalbjahre Kohlenbezugsscheine gewährt werden sollen, so müßte mit der Ausgabe dieser Scheine schon am 1. Oktober begonnen, auch zeitig durch die Presse die Ausgabe derartiger Beleghe bekannt gegeben werden.

Die Unterstützungskommission schlägt vor, neben den bisher gewährten Darunterstützungen von 30 Mark km. 11 Mark den in Frankfurt wohnenden Kriegerfamilien an Stelle der im Vorjahre gewährten 4 Kohlenbezugsscheine zu 1.50 Mark = 6 Mark, in diesem Jahre 3 Kohlenbezugsscheine zu 1.50 Mark = 4.50 Mark monatlich zu gewähren. Die Zahl der bezugsberechtigten Familien wird nach einer statistischen Berechnung der Kommission ungefähr die gleiche wie im Vorjahre sein. Es würde durch die Ausgabe von nur 3 Scheinen bei gleichem Kohlenpreise eine Mehrausgabe von rund 700 000 Mark in den 6 Wintermonaten entstehen.

Die Unterstützungskommission schlägt ferner vor, den Kriegerfamilien neben den Kohlenbezugsscheinen noch Scheine zum Preisbezug von Kartoffeln zu gewähren. Bei der Erörterung dieses Gegenstandes wurde folgendes in Erwägung gezogen: Auf jeden Kopf werden als Mindestbedarf für den Tag 1 Pfund Kartoffeln gerechnet (was u. U. zu wenig ist, vgl. d. V.), mithin würden für das Winterhalbjahr rund 180 Pfund pro Person erforderlich sein. Diese Kartoffelmenge von 180 Pfund soll jedoch den Kriegerfamilien nicht vollständig frei gewährt werden, sondern nur etwa die Hälfte dieses Bedarfs. Es wird vorgeschlagen, den Kriegerfamilien für jede unterstützungsbedürftige Person einen Zentner Kartoffeln des Winterbedarfs frei zu gewähren. Nach unseren Feststellungen wurden am 1. Juli d. J. 36 331 Familien mit 85 042 Personen insgesamt unterstützt. Rechnet man damit, daß etwa 5000 unerfüllte Personen sich außerhalb Frankfurts befinden und diesen Personen der freie Bezug von Kartoffeln, ebenso wie bei den Kohlen, bisher nicht gewährt wird, so wäre mit einem runden Bedarf für 80 000 Personen = 80 000 Scheine auf je 1 Zentner Kartoffeln zu rechnen. Bei einem Mittelpreis von 6 Mark für den Zentner würde dies eine Mehrausgabe von 480 000 Mark für das Winterhalbjahr darstellen, so daß die Mehrausgabe für das Winterhalbjahr an Familienunterstützungen sich zusammenfassen würde aus 700 000 Mark für Kohlenbezugsscheine und 480 000 Mark für Kartoffelbezugsscheine, also insgesamt 1 180 000 Mark.

Für die im Laufe des Winterhalbjahres eintretenden weiteren Einberufungen und den Zuwachs an unterstützungsbedürftigen Familien wird eine weitere Mehrausgabe von etwa 100 000 Mark in Aussicht genommen werden müssen, so daß die voraussichtliche Mehrausgabe des Winterhalbjahres insgesamt 1 280 000 Mark betragen würde. Diese Erhöhung würde neben den Ehefrauen auch denjenigen Eltern zuzukommen, welche die erhöhte Familienunterstützung beziehen, während der Bedarf für die auswärtig wohnenden Familien nach wie vor im Einzelfalle durch Beschluß der Kommission festzustellen wäre.

Die bisherigen Leistungen

des Lieferungsverbandes und der Kriegsfürsorge (Abteilung Familienhilfe) in Darunterstützungen werden durch folgende Zahlen veranschaulicht: Der Lieferungsverband Frankfurt a. M. unterstützte am 1. Juli 1916 36 331 Kriegerfamilien, von welchen 21 939 Familien auch von der Kriegsfürsorge (Abteilung Familienhilfe) unterstützt werden. Die Zahl der am 1. Juli 1916 vom Lieferungsverband unterstützten Personen betrug 85 042. Den 28 272 Kriegerfamilien stehen 46 688 Kinder derselben gegenüber.

Die Kriegsfürsorge (Abteilung Familienhilfe) begann im August 1914 ihre Unterstützungstätigkeit gegenüber 1683 Kriegerfamilien und 816 Familien von Arbeitslosen. Die höchste Zahl der unterstützten Familien betrug: bei Kriegerfamilien 22 240 (Ende Dezember 1915), bei Arbeitslosen 2396 (September 1914). Es wurden unterstützt am 1. August 1915: 17 695 Kriegerfamilien und 745 Arbeitslose, am 1. August 1916: 21 594 Kriegerfamilien und 386 Arbeitslose (geringerer Zahl).

Die Geldleistungen betrugen: Im ersten Kriegsjahr (1. August 1914 bis 31. Juli 1915): vom Lieferungsverband (Frankfurt a. M. Unterstützung) 9 231 000.14 Mark, von der Kriegsfürsorge (Abteilung Familienhilfe): 3 993 296.— Mark, insgesamt 13 224 296.14 Mark. Im zweiten Kriegsjahr (1. August 1915 bis 31. Juli 1916): seitens des Lieferungsverbandes 17 425 825.86 Mark, seitens der Kriegsfürsorge (Abteilung Familienhilfe): 8 584 861.— Mark, insgesamt 25 010 687.86 Mark.

In beiden Kriegsjahren vom 1. August 1914 bis 31. Juli 1916 wurden an Unterhaltungen für die Kriegerfamilien insgesamt ausgezahlt: 39 235 685.79 Mark. Es wurden bewilligt und ausgezahlt vom Lieferungsverband: 26 657 308.79 Mark, bei der Kriegsfürsorge (Abteilung Familienhilfe): 12 578 377.— Mark.

Von der Gesamtsumme der 39 235 685.79 Mark entfallen auf die vom Reich zu tragenden Reichsmindestsätze 14 998 775.86 Mark, auf städtische (vom Reich teilweise ersatzbare) Zuschüsse 19 188 933.13 Mark. Aus den privaten Mitteln der Zentralverwaltung wurden ausgezahlt: 5 047 982.— Mark.

Zur Kartoffelversorgung.

In Ergänzung unserer kritischen Bemerkungen über die Kartoffelversorgung wird uns vom Städtischen Lebensmittelamt geschrieben:

Ueber die Kartoffelversorgung bestehen in der hiesigen Bevölkerung immer noch mancherlei irrthümliche und falsche Ansichten. Vor allem ist zu betonen, daß die Zuteilung von Kartoffeln an die einzelnen Gemeinden einzig und allein durch die Reichskartoffelstelle in Berlin erfolgt und daß demgemäß Frankfurt keine Kartoffeln nur aus den Kreisen beziehen konnte und wird beziehen können, die ihm von Berlin aus zugewiesen sind. So mußte die Stadt, wollte sie überhaupt in den Besitz von Frühkartoffeln kommen, die ihr aus Schlesien zugewiesen wurden, nehmen, obwohl sie wiederholt und dringend die Reichskartoffelstelle um Zuteilung von hiesigen und bayerischen Frühkartoffeln mit dem ausdrücklichen Hinweis ersucht hatte, daß Frankfurt auf Grund langjähriger Handelsbeziehungen stets seine Frühkartoffeln aus der Wetterau und der bayerischen Pfalz bezog, und obwohl sie ausdrücklich auf die Gefahr des Transportes von Frühkartoffeln auf so weite Entfernung aufmerksam gemacht hatte.

Leider sollten sich die schlimmsten Befürchtungen hinsichtlich des Verderbs auf dem Transport erfüllen, und zwar nicht nur für Frankfurt, sondern für eine sehr große Zahl von deutschen Städten, die auf den Bezug norddeutscher Frühkartoffeln angewiesen waren.

Durch die vorangegangene starke Kälte und dann einsetzende plötzliche Hitze waren die zur Verladung gelangenden Frühkartoffeln von geringster Haltbarkeit, und nachdem die ersten Verladungen leidlich ankamen, waren spätere Verladungen bei zunehmender Temperatur fast mit faulenden Kartoffeln durchsetzt, so daß schließlich auf Einstellung der schlesischen Verladungen bestanden werden mußte. Dazu kam noch, daß von den mit der Lieferung nach hier beauftragten schlesischen Anwesen unermesslich große Mengen zum Abrollen gebracht wurden, deren Verarbeitungen in technischer Beziehung absolut unmöglich war. Inzwischen konnte eine große Zahl von Waggons ausgeliefert und die ausgelieferten Kartoffeln als Speisekartoffeln oder an Trocknungsanstalten abstoßen. Ausdrücklich muß hier den Gerüchten entgegengetreten werden, als ob die Stadt den Inhalt einer großen Anzahl von Waggons in den Main geworfen habe. In den Main geworfen sind lediglich etwa 150 Zentner, die am Zollhof ausgeliefert waren und deren schleunigste Beseitigung unumgänglich nötig war. (Und was anderwärts abgeladen worden ist, darüber schweigt das Schreiber'sche Stilleben. Red. d. „V.“) Wegen der entstandenen pekuniären Verluste (man spricht von über 100 000 Mark! Red. d. „V.“), hat sich die Stadt weitere Schritte vorbehalten.

Was nun die Winterversorgung anlangt, so besteht begründete Aussicht, daß sich die Versorgung unserer Bevölkerung mit Kartoffeln in diesem Winter sicherer und geregelter durchführen lassen wird, als im vergangenen Jahre; dafür spricht erstens die rechtzeitige Festsetzung von Höchstpreisen seitens des Kriegsernährungsamtes für das ganze Jahr vom 15. August 1916 bis 15. August 1917. Rag aus die Preispolitik der Regierung für die Frühkartoffeln mit ihren von Delade zu Delade fallenden Preisen vielleicht verfehlt gewesen sein und mag auch der Preis für Winterkartoffeln (vom 1. Oktober 1916 bis 15. Februar 1917 4 Mark, vom 15. Februar 1917 bis 15. August 1917 5 Mark) nicht alle Wünsche der an der Versorgung beteiligten Faktoren befriedigen (was dazu kritisch zu sagen war, haben wir bereits gesagt. Red. d. „V.“), so besteht doch darüber kein Zweifel, daß durch diese rechtzeitige Festsetzung von Höchstpreisen keine Verhältnisse geschaffen worden sind. Dazu kommt noch, daß auf eine Erhöhung dieser Preise unter keinen Umständen zu rechnen ist. (Das wurde auch im vorigen Jahre versichert, und schließlich kam's doch anders. Red. d. „V.“) Als weiterer Grund für die sichere Versorgung kommt sodann die bereits erwähnte und bestehende Nationalisierung durch Kartoffelfaktoren in Betracht. Während im vorigen Jahre der Verbrauch an Kartoffeln jeder Kontrolle seitens der Kommunen entzogen war und diese Kontrolle erst im März d. J. einsetzte, hat die Gemeindebehörde durch die bestehende Nationalisierung es von vornherein in der Hand, Bedarf und Verbrauch der Bevölkerung genau bestimmen zu können. Endlich aber ist die Umstellung an Winterkartoffeln durch die Reichskartoffelstelle für Frankfurt dadurch besonders günstig geregelt, als die Stadt ihren gesamten Winterbedarf aus der Provinz Posen-Kassau erhalten soll, während sie im vergangenen Winter lediglich auf die Zufuhr aus dem Osten angewiesen war. Die außerordentlichen Vorzüge, die sich hierdurch ergeben, liegen auf der Hand und brauchen nicht besonders erwähnt zu werden. Nur die Möglichkeit, die Zufuhr planmäßig regeln zu können, möge hierbei hervorgehoben werden.

So liegen die Aussichten für die Winterversorgung mit Kartoffeln günstig, wenn die Ernte einigermaßen gut ausfällt — wozu ebenfalls Aussicht vorhanden ist. Die Aufgabe der mit der Kartoffelversorgung betrauten Stellen ist es jetzt, die Versorgung richtig und zweckentsprechend zu regeln. Damit die Bevölkerung Gelegenheit hat, sich für die Wintermonate so bald als möglich mit dem nötigen Bedarf einzudecken, empfiehlt es sich dringend, daß jede Haushaltung, die dazu imstande ist, sich mit dem ihr zustehenden Vorrat an Winterkartoffeln durch ihren bisherigen Lieferanten versieht. Denjenigen Haushaltungen, die sich für den Winter ihren Bedarf einlagern, werden hinsichtlich der zugeleiteten Mengen und des Preises Vergünstigungen gewährt, die nach bekannt gemacht werden. Auch den Winterbewohnern wird der Bezug von Kartoffeln in jeder Weise erleichtert werden.

Für diejenigen Haushaltungen, die keine Gelegenheit haben, sich mit größeren Mengen für die Wintermonate zu versehen, wird die Stadt größere Mengen mit aller gebotenen Vorsicht einlagern. Ferner wird sie darauf Bedacht nehmen, daß der Bezug von Kartoffeln direkt von den Erzeugern, auch wenn diese auswärts wohnen, gestattet werden kann und die nötigen Vereinbarungen mit den in Betracht kommenden Kreisen zu treffen versuchen. Ob der Bezug aus Posen und Bayern möglich sein wird, hängt von der Regierung dieser Bundesstaaten ab und ist vorläufig noch zweifelhaft.

Die neuen Kartoffelfaktoren für die Zeit vom 1. Oktober 1916 bis 1. April 1917 werden rechtzeitig im Laufe des Monats September mit den nötigen Erläuterungen und Anweisungen ausgegeben werden.

Feindliche Flugzeuge. Man schreibt uns: In der Frankfurter Kriegsausstellung im Volksaufmarschpark sind auch einige feindliche Kampfflugzeuge zu sehen, die im Luftkrieg von unseren Krieger abgeschossen wurden. Sie sind genau in dem Zustand in die Ausstellung eingereiht, in dem sie in die deutschen Linien niedergegangen sind, zerbrochen und zerstückt, mit sichtbaren Zeichen des vorangegangenen Kampfes. In der hinteren Halle, hoch oben aufgehängt, sieht man einen Koisin-Doppeldecker, französischen Fabrikats, der in Rußland Dienst getan hat. Große Hochachtung vor der französischen Flugzeug-Baukunst demnach und dieser Veteran nicht abzugeminnen. Es ist ein ganz alter plumper Typ, dessen schwere Tragflächen die ganze Gollendelle einnehmen. Ueber das selbige Kampfflugzeug ragt ein kleines Maschinengetriebe empor, das so anordnet ist, daß das Schußfeld nach allen Seiten hin freibleibt. Derartige Kampfflugzeuge wurden zuerst von August Euler gebaut. — Der Motor, ein guter französischer Renault, ist mit dem Propeller herausgefallen und liegt unten am Boden. Nicht daneben liegen noch ein französischer Gnom und die Ueberreste eines feindlichen Wasserflugzeugs. An dem Gnom sind noch die Einschläge der deutschen Artillerie sichtbar. Interessanter wie diese Ueberreste ist ein englischer Doppeldecker im vorderen Hallenteil, ein Flugzeug leichter Bauart, das wohl nur zu Aufklärungs- zwecken Verwendung gefunden haben mag. Doch es mangelt es nicht an, bezeugen die zahlreichen Reparaturen an der Verpannung und an den Holzstäben. Der Rumpf dieses Stücks ist bemalt. Neben einem großen roten Kreuz sieht man und weiß. Diese Bemalung hat ihren besonderen Zweck. Es ist eine Art Mimikry, wie sie von einigen Vögeln und anderen niederen Tieren geübt wird, um sich der Farbe ihrer Umgebung anzupassen, damit sie vor ihren Feinden sicher sind. In der Praxis hat sich gezeigt, daß solche bemalte Flugzeuge in einiger Ferne gegen Wald und Wälder dem Auge unsichtbar sind. Bei dem englischen Flugzeug ist nur der Rumpf bemalt, die Tragflächen sind offenbar neu überzogen. Der Propeller ist vierflügelig, um dem Apparat die größtmögliche Schnelligkeit zu verschaffen.

Abgabe von Süßholz (Sacharin). Der von der Reichskartoffelstelle der Stadt für Haushaltungszwecke übermiesene Süßholz (Sacharin) von Mittwoh den 28. August d. J. ab in Briefchen à 1/4 Gramm Inhalt mit 450facher Süßkraft (H.-Pudung) in den Apotheken und den durch entsprechende Plakate gekennzeichneten Drogerien zum Preise von 25 Pf. pro Briefchen, zum Verkauf. Be rechtigt zum Bezug sind Inhaber von Lebensmittelkarten für 3 und mehr Personen, und zwar erhalten solche mit 3-5 Personen ein Briefchen im Monat, mit 6 und mehr Personen 2 Briefchen im Monat. Beim Einkauf des Süßholzes ist die Lebensmittelkarte vorzulegen, welche von der betr. Verkaufsstelle auf der vierten Seite des Umschlages — für jedes verkaufte Briefchen — mit dem Abdruck eines besonderen, beim Lebensmittelkarte gegen Erhaltung der Selbstkosten erhältlichen Gummistempels zu versehen ist. Der Süßholz Briefchen enthält eine etwa 450fache Süßkraft, jedoch der Inhalt eines Briefchens einer Süßkraft von etwa 550 Gramm (= 1 1/2 Pfund) Zucker entspricht. Es empfiehlt sich, je 1 1/2 Gramm Süßholz (also den Inhalt eines Briefchens) in einem halben Liter Wasser zu lösen; ein Teelöffel dieser Lösung hat sodann eine Süßkraft von 3 Stück Würfelzucker.

Höhere Unterstützung für Kriegsfamilien. In Bosenheim beschloß sich am Freitag eine hart beladene Versammlung von Frauen organisierter Kriegsteilnehmer mit der Unterstützungsfra ge. Genosse J. A. d. r. wies in einer kurzen Einleitung darauf hin, daß die vor etwa einem Jahr eingeführte Unterstützungsfra ge für Familien, die keine Nebeneinkünfte haben, nicht mehr ausreichen, um das Leben zu fristen. Unterstützungen und Existenzminimum müssen unbedingt erhöht werden. Vom Versorgungsver band sei zwar für den Winter eine kleine besondere Unterstützung in Naturalien vorgesehen; die erhöhten Ausgaben jedoch, die das letzte Jahr auch den Kriegsfamilien für ihre Lebenshaltung ge bracht habe, würden damit nicht ausgeglichen. Nach eingehender Aussprache wurden die in der Kriegsfürsorge tätigen Genossen er macht, durch das Gewerkschaftsblatt bei der Stadt und der Zentrale für private Kriegsfürsorge entsprechende Anträge zu stellen.

Eine Besprechung der in der Kriegsfürsorge tätigen Vertreter der Gewerkschaften. In der die neuen Winterkriege besprochen we den sollen, findet Dienstag den 29. August, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftsband, altes Jugendheim, statt. Das Erscheinen aller ist notwendig.

Unterlagener Gewerbebetrieb. Mit erschütternder Strenge geht in letzter Zeit der hiesige Polizeipräsident gegen jene Geschäftsteile vor, die sich Unterleuten in ihren Geschäftsbetrieben ausbilden lassen. Nachdem er vorige Woche der Milchgroßhandlung Heinrich Orlitz das Handverletzt gelegt hat, ist jetzt auch dem bekann ten Delikatwarengeschäft von Thomas in der Schil lerstraße die Tür geschlossen worden. Wie der Polizeipräsident bekannt gibt, wurde den Eheleuten Paul und Dora Asbach, geborene Thomas, der Handel mit Gegenständen des täglichen Bedarfs sowie jegliche Beteiligung an einem solchen Handel untersagt. Die Eheleute waren bekanntlich „gemeinsamlich in dem Geschäft tätig und sind beide schuld an dem vielfach unregelmäßigen und bestimmungswidrigen Geschäftsgebaren der Firma, welches be kanntlich zu strafrechtlichen Einschreiten wiederholt Veranlassung gegeben und zu den allgemein bekannten Straftatungen der Beteligen geführt hat.“ — Viele reiche Leute werden diese Nachricht mit Betrübnis vernehmen, denn die Firma Thomas hat ihnen wenn auch nicht immer durch gute, so doch recht teure Waren das Durch fallen sehr erleichtert.

Kaninchenschau und Produkten-Ausstellung. Vom 2.—4. Sep tember findet im Frankfurter Kongressgarten (früher Gräfs Garten) am Allerheiligen-Tag, eine große Kaninchenschau und Ausstellung aller von diesen Tieren gewonnenen Produkte statt. Bis jetzt sind über 400 Anmeldungen zu der Ausstellung eingegangen. Die Züchtervereine von Frankfurt a. M. und Umgebung, die das Bestreben haben, die Kaninchenzucht in großem Maßstabe für die Volkser nährung nutzbar zu machen, werden auf der Ausstellung zeigen, was eine planmäßige, sachgemäße Kaninchenzucht zu leisten im stande ist. Neben den lebenden Tieren dürften in erster Linie die einzelnen Fleischgerichte und die aus Kaninchenfleisch hergestellten Delikatessen großes Interesse finden.

Fischpreise. Vom 28. August bis 2. September gelten folgende Richtpreise für den Kleinverkauf von Seefischen an Laden: Schellfisch über 2 1/2 Pfund 1.20 Mark, 1 1/2 bis 2 1/2 Pfund 1.10 Mark, 1 bis 1 1/2 Pfund 90 Pfennig, 1/2 bis 1 Pfund 75 Pfennig, Bratfisch 1 bis 2 Pfund 70 Pfennig, Kabeljau mit Kopf 1 bis 2 Pfund 72 Pfennig, 2 bis 5 Pfund 90 Pfennig und über 5 Pfund 1.20 Mark, ohne Kopf 1 1/2 bis 4 Pfund 1.20 Mark, über 4 Pfund 1.40 Mark, Großkabeljau im Auschnitt 1.90 Mark. Der billige Kleinverkauf von Seefischen unter städtischer Preiskontrolle findet noch wie vor statt. Für Sü ß wasserfische betragen noch wie vor die Höchstpreise: Karpfen 1.30 Mark, Schleie 1.50 Mark, Hecht 1.50 Mark, Forelle und Brachsen über 1 Kilo 1 Mark, unter 1 Kilo 75 Pfennig, Welse und Molangen über 1 Kilo 75 Pfennig, unter 1 Kilo 65 Pfennig.

Marine-Opferlos. Wie anderwärts, so soll auch in Frankfurt am Main der 1. Oktober d. J. als allgemeiner „Opfertag“ für die deutsche Marine begangen werden. Der hierfür eingesehene Ausschuß hat sein Bureau Theaterplatz 14, 1. Stod.

Albert Schumann-Theater. Am Freitag den 1. September wird die Operetten-Winterpielzeit mit der Operette „Die Dollarprinzessin“ von Leo Fall eröffnet. Als Operettenintendant ist neben Emil Schreier, Paul Kronegg vom Gärtnersplatztheater in München ge worden worden.

Gewässerte Milch. Die Milchhändlerin Ottilie Bauer sucht sich aus dem Grunde zu machen, als am 2. Juli ein Milch schußmann auf sie zukam. Sie hatte „Milchwasser“ bei sich, mit dem sie die Vollmilch verschnitt. Die bei einzelnen Kunden bereits abgelieferte Vollmilch zeigte einen Zuckers von 10 Prozent Wasser. Frau Bauer wurde vom Schöffengericht zu zwei Wochen Gefängnis und 100 Mark Geldstrafe verurteilt.

Immer wieder „Delikatesswurst“. In seinem neu eingerichteten Wurstgeschäft hier hatte der Metzger Albert Bühler ober beidseitige Wurst, Leberwurst, Putzwurst und Preßwurst, unter Heber scheidung der in Frankfurt für diese Wurstsorten festgesetzten Höchst preise verkauft. Er erhob am Schöffengericht den nicht mehr unbe kannten Einspruch, diese Wurst sei Delikatesswurst, die nicht unter die Höchstpreise fällt. Aber „Delikatesswurst“ ist Wurstwurst zum Gaumenstachel, nicht Wurst, an der man sich satt essen will“, sagte der Staatsanwalt, und das Gericht erklärte auf 30 Mark Geldstrafe.

Zu teurer Kaka. Im Reformhaus „Thalia“ ist Vananen sofas mit 35 Prozent Aufschlag auf den Einkaufspreis verkauft worden. Den Einspruch des Inhabers, des Kaufmanns Robert Bö rne L., er habe hier mehr darauf zu achten, um andere Artikel zu erhalten, ließ das Schöffengericht nicht gelten und erklärte wegen Erzielung übermäßigen Gewinns auf 30 Mark Geldstrafe. Zu einer weiteren Geldstrafe von 20 Mark wurde Bö rne L. wegen ver weigelter Abgabe von Kaka verurteilt.

Im neuen Theater ist im Gastspiel des Herrn Odemar jetzt die Dreperische Harmonik „Großmama“ an die Reihe ge kommen. Sie bietet dem Gast wieder Gelegenheit, die hehagliche Natürlichkeit seines Spiels zu zeigen; sonst ist von dem Stück we iter nichts zu sagen, als daß es harmlose Leute unterhält: Gertrud de Palffy in ihrem feinen Spiel als Großmama fand Herrn Odemar würdig zur Seite.

Briefkasten der Redaktion.

L. G. Frankfurt. Die Frage läßt sich noch nicht bestimmt be antworten. Die Verhandlungen mit den Bundesstaaten schweben an. Siehe Artikel „Zur Kartoffelversorgung“ in der heutigen Nummer.

Neues aus aller Welt.

Glückliches Schwabenland. Schulte: Wechte, Württemberg mit Lebensmitteln während des Krieges in verforst ist? Müller: „Na, schief mal los.“ Schulte: „et Weizsäcker hat, was der Ministerpräsident ist, Reichsminister den Minister des Innern, Habermaas, den Kultusminister und Krout, den Landtagspräsidenten.“ Müller: „Schulte, wenn jetzt der nächste Zug nach Stuttgart?“ („Kladderadatsch.“)

Ein Beispiel religiöser Duldsamkeit. Aus Amstern schreibt man: Der protestantische Pfarrer Bethke in den holländischen Gemeinde Koedijk ist vor kurzem zum lizismus übergetreten. Die liberale Presse hat daraus lieberweise einen großen Sums gemacht. Viel merkwürdiger aber ist die Art, wie der katholisch gewordene Pfarrer seiner Kirchengemeinde Abschied genommen hat. Die dieses Abschieds war die protestantische Kirche selbst und ist immerhin anzuerkennen, daß die Kirchenoberen in diesem Umwege überlassen hatten, wenn auch mit der Einschränkung, daß Bethke weder ein Gebet lesen, noch lassen sollte. Das gesunde menschliche Empfinden der von Koedijk hat aber durch diesen Rest orthodoxen Formalismus einen Strich gemacht. Nach den Abschiedsworten Pfarrer stand das älteste Gemeindeglied auf und nach scheidenden Seelsorger herliche Dankesworte und Wü mit. Und nun geschah das Verbotene. Von einem ele taren Gefühl ergriffen, erhob sich die ganze Gemeinde sang: „Der Herr behüte deinen Ausgang und deinen Gang!“ Man denke, den Ausgang und Eingang des nes, der aus der reformierten in die römische Kirche hin ging! Und nun kniete in tiefer Ergriffenheit der nie der und sprach den Segen: „Der Herr leane dich und dich. Er lasse sein Antlitz leuchten über dir und gebe Frieden!“ — Der bekehrte römische Pfarrer segnete so der reformierten Kerkerei Verharrenden. — Den konfession len Eiferern gefiel dieser ganze Vorgang nicht, der eine den Glaubensdogmen stehende reine Religiosität atmet. reformiertes Theologenblatt zersert, und manchen kirch lichen Anhänger der Gegenpartei steigen Zweifel auf, ob dem Neubekehrten so recht zu trauen sei. Die Freunde reicher, liebevoller Gemeinschaft zutreffender Menschheit aber werden wünschen, daß diese vorübergehende, duldsame fimmung, die den früheren Pastor wie seine Gemeinde chri wie ihr erhalten bleibe.

Selbstmord von Beidenstein. Aus Hamburg wird ge meldet: Ein bei einem Einschnitts-Büro bediensteter Stimm wachtmann unterhielt mit einer Frau ein Liebesverhältnis, dem jetzt die Angehörigen der Frau erfuhr. Am allem aus Wege zu gehen, beschloffen beide, in den Tod zu gehen, nach sie die beiderseitigen Angehörigen verständigt hatten. In dem hölz bei Stellingen hat nach Lage der Sache der Mann ein Frau und dann sich selbst erschossen.

300 Pfund Butter gekniffert. Als großartiger Butterhan entpuppte sich, wie der „Westfälischen Volkszeitung“ berichtet, der Arzt Dr. Eichholz in Aken (Westfalen). Auf Anzeige hin nahm die Polizei dort eine Hausdurchsuchung vor und fest, daß sich im Besitz des Dr. E. etwa dreihundert Pfund Butter befanden. Außerdem war er noch im Besitz einer Butter fettkarte, die er sich trotz der überreichen Versorgung nicht sperrern lassen. Die festgestellte Buttermenge mußte für 2 und seine Familie länger als drei Jahre reichen. Dr. E. hat das genannte Blatt von der Polizeiverwaltung erfahren, die Be menge aus Ostfriesland bezogen. 300 Pfund sind bereits von Polizei beschlagnahmt und der Allgemeinheit verkauft worden.

Brand eines Tabaklagers in Rumänien. In Urgem zwei große Tabaklager durch eine Feuersbrunst vollständig ge worden. Der angerichtete Schaden übersteigt 8 Millionen.

Telegramme.

Drohender Eisenbahnerstreik in Amerika.

London, 27. Aug. (W. S. Kitching.) Das Reu Bureau meldet aus Washington: Da die Präsidenten der Eisenbahnen die Vorschläge Wilsons offenbar endgültig abgelehnt ha und auch die Eisenbahner eine unüberbittliche Haltung einneh men besteht ernste Gefahr für einen Streik auf allen Eisenbahnen Landes. Man glaubt, daß nur ein schneller Eingreifen des Reg resses der Lage ihren Ernst nehmen kann. Die Eisenbahner bereit, auf den Ruf ihrer Führer sofort die Arbeit niederzulage.

Zuckerkarten.

Von heute ab werden in der Städtischen Kartenanlei Schwalbacher Straße 8, während der nächsten 4 Wo gleichzeitig mit den Brotmarken neue Zuckerkarten ausgegeben. Die Karten haben bis auf weiteres keine Gültig Wiesbaden, den 28. August 1916.

Der Magistrat

Margarine-Verteilung.

Gegen Fettmarke VIIA wird von Dienstag, 29. Aug ab Margarine abgegeben. Auf jede Karte entfallen 125 Margarine. Der Preis ist M. 2.— für das Pfund.

Die Margarine kann von dem Bezüher nur in dem schäft gekauft werden, auf das der Kundenschein für laute. Der Kundenschein und die Brotausweis Karte sind Verkäufer vorzulegen, damit sie feststellen können, ob Käufer in dem Laden kaufberechtigt ist.

Der Verkauf erfolgt die ganze Woche hindurch, genügend Vorrat für alle Kaufberechtigte vorhanden.

Die Fettmarke VIIA wird für ungültig erklärt.

Wiesbaden, den 28. August 1916.

Mag. d. St.

Gewerkschaftshaus Wiesbaden

Wellritzstr. 48. (Zentralherberge) Wellritzstr. 4

Billige Speisen und Getränke.

Kegelbahn und angenehme Aufenthaltsräume.

Hält sich allen Freunden sowie auswärtigen Gewerkschaften und Vereinen bei Aufzügen bestens empfohlen.